



- ES GILT DAS GESPROCHENE WORT -

**„Wohin steuert Europa“**

Tutzing, den 17. Januar 2019

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Ich freue mich sehr über die Gelegenheit mit Ihnen meine Gedanken zur Europäischen Union zu teilen. Ein paar dieser Gedanken würden sicherlich nicht ganz mit den ihrigen übereinstimmen, darum bitte ich um Verständnis.

Auf Einladung von Herrn Günther Beckstein habe ich schon einmal vor zweieinhalb Jahren einen Vortrag mit dem Thema: „Europa im Krisenmodus – Haben wir noch eine gemeinsame Zukunft?“ hier gegeben. Eine Begegnung die ich in sehr guter Erinnerung behalten habe.

Bevor ich jedoch zum diesjährigen Thema komme, erlauben Sie mir vorauf ein Wort zu den historischen Verbindungen zwischen Luxemburg und Bayern. Der erste Großherzog Luxemburgs aus dem Hause Nassau-Weilburg, S.K.H. Adolphe, unterhielt im Isarwinkel auf Schloss Hohenburg seine Sommerresidenz und man kann ihm es wirklich nicht verdenken.

Das Großherzogtum und der Freistaat sind beide wichtige und attraktive Wirtschaftsstandorte. Wir profitieren beide von unserer hohen Innovationskraft, einem starken Nation Branding und einem unternehmerfreundlichen Klima was sich unter anderem in unserem hohen Bruttoinlandsprodukt, sowie in der hohen Exportquote niederschlägt.

Mein Auftrag heute hier dreht jedoch nicht um Luxemburg und Bayern, sondern um ein anderes Tandem: um „Europa und Krise“.

### **Wohin steuert Europa?**

Eine Suche nach Orientierung, nicht nur der Orientierung.

Spontan drängen sich zwei Fragen auf, wer steht am Steuer und wohin geht die Reise.

Fangen wir mit dem institutionellen ABC an; nicht, dass sie es nicht kennen würden, aber es ist nie sinnlos, kurz darauf einzugehen.

Bei der EU handelt es sich in der Tat, wie wir wissen, um ein recht komplexes, verflochtenes, nicht immer einfach verständliches System, eine einzigartige institutionelle Maschinerie, bestehend aus der Kommission, der EU-Exekutive, welche alleine das Initiativrecht hat, dem EU-Parlament, der Legislative, und dem EU-Ministerrat, eine Art Co-legislative, sowie dem Europäischen Rat, der höchsten Ebene der Interessenvertretung der Mitgliedstaaten, ohne die nichts oder fast nicht läuft.

Diese Institutionen werden, wie sie wissen, vom EU-Gerichtshof in Luxemburg in ihren Kompetenzen kontrolliert und sanktioniert, dies im Rahmen der sogenannten Gemeinschaftsmethode.

Dazu kommt bekanntlich die 6-monatige Ratspräsidentschaft: im zweiten Semester 2018 war es Österreich; seit dem 1ten Januar ist es Rumänien.

Dieses Brüsseler-Straßburger-Luxemburger Institutionsgefüge funktioniert jedoch nur wenn die Regierungen in den Mitgliedstaaten den politischen Willen zeigen europäisch zu denken und zu handeln, und dem europäischen Mehrwert, im Interesse der/aller EU Bürger, den Vorrang zu geben.

Trotz andauernder Kritik an „Brüssel“ sind es nämlich immer noch die Regierungen der Mitgliedstaaten die entscheiden und die Fäden in der Hand halten.

Und genau hier liegt die Schwachstelle dieses weltweit größten Friedensprojektes des 20. Jahrhunderts. Es ist ja doch zu verlockend für nationale Politiker „die in Brüssel“ für unpopuläre Maßnahmen verantwortlich zu machen und dabei wohlwissentlich zu verschweigen, dass die eigene Regierung doch selbst mit am Entscheidungstisch sitzt. Brüssel ist nicht Moskau!

Auch wenn lange Zeit höflich über diese opportunistische Doppelzüngigkeit hinweggesehen wurde, so ist dies in der aktuellen Lage nicht länger hinnehmbar. Nein, ein solches Benehmen grenzt, meiner Meinung nach, an Brandstiftung!

Am Anfang der Zusammenarbeit in Europa stand der Schuman-Plan aus dem Jahre 1950, der darauf abzielte die europäischen Staaten der Nachkriegszeit in wirtschaftlicher Hinsicht so eng aneinander zu binden, dass sie nie wieder gegeneinander Krieg führen würden. Robert Schuman wuchs in Luxemburg auf und hat die tragischen Konsequenzen des ersten und des zweiten Weltkrieges in Luxemburg, beziehungsweise Lothringen, hautnah miterlebt. Es ist also nicht von ungefähr, dass er es war, der diesen Grundstein der europäischen Zusammenarbeit legte. 1952 wurde mit der Einrichtung der

Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in Luxemburg der erste Schritt getan. 1957 folgten die Römer Verträge, die die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) begründeten. Es ist heute sinnvoll in Erinnerung zu rufen, dass die nachfolgenden Jahrzehnte nicht immer konfliktfrei waren. Es war jedoch immer allen Teilnehmern klar, dass ein Scheitern keine Option sein konnte. Und mit den Erinnerungen an die Gräueltaten des 2. Weltkrieges noch präsent, schaffte man es auch jedes Mal sich zusammenzurufen und im Laufe der Jahrzehnte wuchs das europäische Projekt aus jeder Krise gestärkt hervor. Diese Leistung wurde 2012 mit dem Friedensnobelpreis gewürdigt.

Ich will hier beileiben nichts schönreden: in den Verhandlungen in Brüssel wird durchaus mit harten Bandagen gekämpft, aber zum Glück eben nur am Verhandlungstisch, mit den Methoden der Diplomatie.

Das macht die EU einzigartig. Darauf sollten wir stolz sein. Diese Errungenschaft darf nicht zerschlagen werden !

In den vergangenen Monaten sind jedoch Zweifel an der Ausrichtung des europäischen Projekts geäußert worden, ja gar an dessen Daseinsberechtigung.

Soldatenfriedhöfe sind für viele Jugendliche Zeugen einer Vergangenheit, die längst bewältigt ist. Frieden ist in ihrer Betrachtung so selbstverständlich wie Sauerstoff in der Luft. Ob dies tatsächlich so ist?

Der aktuelle internationale Kontext, der ausufernde Populismus, die Desinformationskampagnen, wie auch die egoistische Philosophie des „America First“ bergen Risiken gegenüber dieser auf der Integration und dem Multilateralismus basierenden Friedensgarantie. Wir dürfen uns hier nichts vormachen!

Wenn die Interessen im Zwischenstaatlichen höher angesiedelt werden als die gemeinsamen Werte, auch im Innern der EU, ist dies Grund zur Sorge. Das Streben nach kurzfristigen Vorteilen, oft auf Kosten anderer, ist mit einem auf gegenseitigem Respekt und rechtsstaatlichen Strukturen aufgebauten Multilateralismus einfach nicht vereinbar.

Wenn in Mitgliedstaaten der EU die Normen des Rechtsstaates verwässert werden, wenn die Medien schreiben müssen, denken müssen, was die Regierung selbst geschrieben und gedacht hätte, wenn die Justiz eingeschüchtert wird von der Regierung, wenn Richter Urteile fällen müssen die den Interessen von Regierungsparteien Rechnung zu tragen haben, wenn die elementarsten Menschenrechte von Minderheiten nicht geachtet werden, dann meine Damen und Herren, ist dies keine Freiheit im unserem europäischen Sinne.

Erlauben sie mir hier Rosa Luxemburg, deren hundertsten Todestages wir kürzlich gedacht haben, zu zitieren, die in ihrem Essay zur russischen Revolution schrieb: „(...) dass [Freiheit] ohne freie, ungehemmte Presse, Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei, (...) keine Freiheit [ist]. Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden.“

Die Freiheit der Andersdenkenden kann aber nur in einem Rechtsstaat gewährleistet werden. Die Achtung der Grundwerte der Europäischen Union einschließlich der Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, so wie sie in Artikel 2 des EU-Vertrags festgehalten sind, gehört zu den Kernpflichten eines jeden Mitgliedstaates.

Leider werden diese Prinzipien zurzeit in einigen Mitgliedstaaten zunehmend in Frage gestellt. So bleibt die Lage in Polen nach wie vor besorgniserregend – vor allem im Hinblick auf die Unabhängigkeit der Justiz und die Gewaltenteilung. Trotz aller Bemühungen, insbesondere seitens der Europäischen Kommission, ist es bisher nicht gelungen, die polnische Regierung wirksam zum Einlenken zu bewegen. Ich befürchte,

dass vor allem die Bürger die Leidtragenden dieses Abbaus des Rechtsstaates sein werden. Das sogenannte Artikel-7-Verfahren zur Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit muss auf jeden Fall weitergeführt werden. Es geht hier um unser aller Glaubwürdigkeit! Das Europäische Parlament hat sich letzten Herbst genötigt gesehen, ebenfalls ein Artikel 7 Sanktionsverfahren gegen Ungarn einzuleiten. Es hat damit einen unmissverständlichen Warnruf an die ungarische Regierung gerichtet. Ich kann nur allen raten, die weiterhin versuchen die Lage zu verharmlosen, den Bericht des EU-Parlaments zu lesen. Hier wird detailliert aufgezeigt, dass die Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der gemeinsamen Werte besteht. Man kann hierüber nicht einfach hinwegsehen! Auch ist es unsinnig, den Verfassern des Berichts Voreingenommenheit vorzuwerfen wie das vereinzelt geschehen ist. Zahlreiche unabhängige Experten, etwa der Vereinten Nationen, der OSZE oder der Venedig-Kommission des Europarates kommen zum selben Ergebnis.

Ich erwähnte es schon: Rumänien hat zurzeit - zum ersten Mal in seiner Geschichte - die Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union inne. Dieses große, wichtige Land sollte zeigen, dass es nicht nur beim Eintrittsdatum 2007 die Kopenhagener Kriterien, also die Basisregeln der europäischen Demokratie, erfüllt hat; sondern auch heute sich nicht von ihnen entfernt. Nichts rechtfertigt einen Eingriff in eine freie, unabhängige Justiz oder ein Zuwiderhandeln gegen die Regeln der Gewaltentrennung.

Die Grundwerte sind schlicht nicht verhandelbar. Die Europäische Union ist nicht nur eine Interessengemeinschaft, sondern auch, und zuerst, eine Wertegemeinschaft und dafür müssen wir auch international eintreten.

An der Wiege der EU steht ein fundamentales politisches Bekenntnis: „gemeinsames Einbringen mit dem Ziel das Gemeinschaftliche zu stärken.“

Kommt diese Einstellung abhanden, verliert die EU ihre Seele, sie verliert ihren Kompass, ja ihre Essenz.

Dies wäre eine Untat, eine totale Missachtung der kommenden Generationen.

Fazit zur Frage eins:

Am Steuer stehen alle; alle die in den Institutionen, aber vor allem in den nationalen Regierungen, Verantwortung tragen für ihre Bürger, die ja alle auch EU-Bürger sind, um mit aller Kraft und Überzeugung die Idee des Gemeinschaftlichen, der Rechtsstaatlichkeit hoch zu halten!

Europa ist nicht mit dem Schicksal einer Kanzlerin, oder eines Präsidenten oder Premierministers verknüpft - das mag stärker der Fall gewesen sein in den Gründungsjahren. Es ist die Einstellung der Mitgliedstaaten zur gemeinsamen Idee die ausschlaggebend ist. Dafür gilt es demokratisch zu streiten.

Die EU nimmt keinem die Heimat, noch seinen Patriotismus; nein die EU garantiert, dass wir weiter, auch in den Wallungen des 21. Jahrhunderts uns zu unserer Heimat und als Patrioten bekennen können.

Die EU distanziert sich jedoch von falschem Patriotismus, von Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit.

Nicht umsonst lautet das Motto der EU "In Vielfalt geeint". Wir haben uns mit unseren vielen verschiedenen europäischen Kulturen, Traditionen und Sprachen in der EU zusammengeschlossen, um uns gemeinsam für Frieden, Demokratie und Wohlstand einzusetzen.

Ich glaube jeder ist mit mir einverstanden, wenn ich sage: wirtschaftlich ist die EU ganz klar ein Erfolgsmodell. Man denke insbesondere an die Vorteile des gemeinsamen Binnenmarkts, der seit 1993 einen freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr zwischen allen EU-Mitgliedstaaten ermöglicht. Luxemburg und Deutschland zählen zu den Ländern denen dieses besonders zugutekam.

2019 markiert, wie sie wissen, den 20. Jahrestag der Währungsunion: am 1. Januar 1999 wurden die Wechselkurse festgeschrieben; 3 Jahre später folgte dann die Bargeldeinführung in anfangs 11 Mitgliedstaaten. Mittlerweile zählte die Eurozone 19 Mitgliedstaaten und hat die schwerste Wirtschafts- und Finanzkrise seit 1929 überstanden. Was wäre passiert, wenn wir 19 verschiedene Währungen gehabt hätten? Welche Konsequenzen hätte die Abwertungsspirale in der EU auf die Wirtschaft gehabt? Wir sollten nicht vergessen, dass die Wirtschaft vor dem Euro immer wieder von Währungskrisen erschüttert wurde. Heute zahlen rund 338 Millionen Europäer täglich mit dem Euro, der sich zudem als die zweiwichtigste Reservewährung der Welt nach dem Dollar etabliert hat.

Meine Damen und Herren,

Am Steuer stehen müssen also diejenigen, die aus der europäischen Geschichte gelernt haben, die sich bewusst sind, dass Europa keine bloße Zusammenzählung von nationalen Interessen sein darf, sondern eine Union die sich für eine europäische Souveränität und somit auch für die nationale Souveränität der Mitgliedstaaten einsetzt.

Um es ganz klar zu sagen: Ein Land wie Luxemburg würde sehr schnell seiner Souveränität beraubt, wenn der Nationalismus wieder Oberhand bekäme. Und ich bezweifle ob es das Einzige der 27 Mitgliedstaaten wäre...



Für mich ist es auch ganz klar, dass die „Trumpsche Theorie“ des Patriotismus, im Sinne eines „Deutschland zuerst“ oder „France d’abord“ nicht das Modell für das 21. Jahrhundert in Europa sein kann. Aber die Lehren der Geschichte lassen sich eben nicht so einfach in 280 Schriftzeichen umsetzen ..., wenn man es dann wollte.

Kommen wir nun zu ihrer Frage: Wohin geht die Reise? Wohin steuert die EU?

Eine wichtige Frage, besonders einige Monate vor den Wahlen zum Europaparlament am 26. Mai dieses Jahres.

Wenn es dann ein Vorteil sein sollte, seit 15 Jahren im Rat der EU-Außenminister sitzen zu dürfen, kann es zuweilen auch ein Nachteil sein, oder sagen wir eine Motivationsbremse, denn ich erlebe zu oft eine große Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit.

Lassen sie mich erklären:

Auch vor 15 Jahren war die Weiterentwicklung der EU nicht immer ein Spaziergang. Erinnern wir uns. Nachdem Spanien im März 2005 mit mehr als 60% Zustimmung im Referendum den Verfassungsvertrag angenommen hatte, folgten die negativen Referenda im Mai und Juni in Frankreich und den Niederlanden.

Die Europäische Hymne und die EU-Flagge wurden aus dem Verfassungsvertrag gestrichen und es kam zu einer Anpassung der gemeinsamen Ambitionen. Unter deutschem EU-Vorsitz wurde schließlich 2007 der Lissabonner Vertrag angenommen. Es war damals ein schwerer politischer Kampf.

Der Lissabonner Vertrag, der 2009 in Kraft trat, hat auf Demokratisierung durch Mehrheitsentscheidungen gesetzt, auf mehr Kompetenzen für das Europäische Parlament, auf mehr Bürgerbeteiligung.

Klingt gut, nur in der Praxis entwickelte sich schnell eine Rückwärtsbewegung die im Grunde die klaren Fortschritte im institutionellen Bereich für die Kommission und für das Europa Parlament ausbremste.

In der Praxis wurde der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs zum Eckpfeiler der EU-Politik. Er riss vieles an sich, was er im Nachhinein nicht im Stande war zu lösen. Die Migrationspolitik der letzten Jahre ist hier vielleicht das beste Beispiel.

Im zuständigen Ministerrat für Migrationsfragen haben viele Minister Anweisungen ihrer Regierungen erhalten nicht mehr zu verhandeln, sondern nur noch entweder „Nein“ zu sagen oder auf den Europäischen Rat zu verweisen, weil Migrationsfragen kapitale Fragen auf nationaler Ebene seien.

Wir wissen, dass der Europäische Rat, und das war genau das Ziel derer, die den Ministerrat gezielt ausschalten wollten, nur im Konsens, also einstimmig zu Entschlüssen kommen kann.

Resultat: Die Neinsager - die Blockierer - haben die Karten in der Hand. Es kam, wie wir wissen, seit 2015 keine europäische Lösung der Migrationsfrage zustanden.

Die Geschichte riskiert hart mit der EU ins Gericht zu gehen. Welches Bild gibt Europa heutzutage von sich ab? Ein Europa das sich seit seiner Gründung für Solidarität, Menschenrechte und Freizügigkeit eingesetzt hat oder ein Europa das, genauso wie Andere, nur noch auf Abschottung und Angst vor dem Fremden setzt?

2015 hat die europäische Kommission seine **Agenda über die Migrationspolitik** vorgeschlagen. Sie war und ist ein globaler Ansatz um eine korrekte Migrationspolitik in der EU zu führen. Der Migrationsdruck soll verringert werden für Personen die kein Anrecht auf Schutz in der EU haben, während die EU weiterhin ihren internationalen Verpflichtungen beruhend auf der **Genfer Menschenrechtskonvention** nachkommt. Die legale Migration soll über geregelte und kontrollierte Wege, sprich ohne Schlepper, organisiert werden. Dies war auch die Quintessenz des **Valletta-Gipfeltreffens** mit Afrika in 2015.

Mehr als drei Jahre danach stimmt es mich traurig, dass die EU in diesem Ansatz größtenteils versagt hat, dass der Großteil unserer Reformen, allen voran die Reform des Dublin-Verfahrens, riskieren zu scheitern. Auch wenn laut Kommissionspräsident Juncker und Präsident des Europäischen Rates Tusk die EU es fertiggebracht hat, dass der Migrationsdruck während den letzten 4 Jahren **um 90% zurückgegangen** ist. Ich glaube nicht, dass wir es uns leisten können, eine solche Statistik als Erfolg darzustellen. Hier ist eine Relativierung vonnöten. Die Frage stellt sich außerdem wie es möglich war, dass eine **kleine Minderheit von Mitgliedsstaaten** den anderen einen Stillstand aufzwingen konnten?

Verschiedene Staaten angeführt von den Herren Orban und Kurz haben die **Institution des Europäischen Rates für ihre Zwecke missbraucht indem die Migrationspolitik bei dem Staats- oder Regierungschef immer wieder diskutiert wurde**. Dadurch, dass der Europäische Rat mit seinen politischen Schlussfolgerungen nur im **Konsens** arbeiten kann, haben sie die Mehrheitsbestimmungen des Lissabonner Vertrages im legislativen Bereich schachmatt gesetzt. Der Europäische Rat konnte in keinem Moment die entscheidenden Impulse geben. Ganz im Gegenteil.

Diese Entwicklung steht, wie schon gesagt, im totalen Gegensatz zur **Gemeinschaftsmethode**.

Der Europäische Rat arbeitet noch immer auf einer intergouvernementalen Basis. Alle Staaten müssen einer politischen Entscheidung zustimmen. Das Resultat ist leider nur zu oft Stillstand, Lähmung, Handlungsunfähigkeit und eine EU, die den Platz auf der internationalen Bühne der ihr zusteht, nicht einnehmen kann.

Hinzu kommt jetzt noch ein **rechtsstaatliches Problem**. Der **EuGH** hat im September 2017 die zwei *Relocation*-Entscheide von 2015 bestätigt. Er legte fest, dass man die Migrationslast nicht nur den Eintrittsländern Griechenland und Italien, oder auch den Ankunftsändern Deutschland oder Schweden überlassen kann. Bis heute verweigern sich die Neinsager jedoch dieses rechtlich verpflichtende Urteil umzusetzen. Wie in einer Diktatur werden die Richter ignoriert, in diesem Falle sogar unsere **höchsten** Richter.

Wenn wir eine Dublin-Reform meistern wollen und, wie es in einer Gemeinschaft sein sollte, den Druck, dem Eintrittsländer in Krisenzeiten ausgesetzt sind, mindern wollen, dann führt kein Weg an einer **automatischen Verteilung** vorbei, auch wenn man in bestimmten Umständen verschiedenen Mitgliedstaaten Ausnahmeregeln zugestehen könnte.

Zurzeit gibt es aber nur wenig Fortschritte. Schlimmer, am Beispiel der **300 gestrandeten Menschen** auf Malta, zeigt sich, dass maximal 10 Mitgliedstaaten bereit sind sich solidarisch einzubringen. Sind wir wieder ein Europa der egoistischen Nationalstaaten geworden? Sind wir ein Europa geworden das Migration in all seinen Formen im 21 Jahrhundert verleugnet?

Oder sind wir ein **Europa das sich organisiert** um denen Schutz zu geben die vor Krieg oder Verfolgung fliehen müssen, ein Europa das es hinbekommt die Menschen in ihre Heimatländer zurückzuführen die aus wirtschaftlicher Not ihre Heimat verlassen mussten und partnerschaftlich hilft bessere Lebensbedingungen vor Ort zu schaffen ? Ein

Europa das **legale Wege für Einwanderung** aufbaut, ohne dass Schlepper das Schicksal der Menschen bestimmen, ohne dass sie ihr Leben aufs Spiel setzen müssen ? Ein Europa das nicht vergessen hat, dass wir vor nicht allzu langer Zeit die « *Getriebenen* » waren und die *Vertreiber* nicht nur von außen agierten, sondern auch von innen.

Im anstehenden **Europaparlamentswahlkampf** sind wir alle gefordert. Migration riskiert dort von den Rechtsnationalisten als Übel unserer Zivilisation dargestellt zu werden: das können und dürfen wir nicht zulassen!

Jenen die sich dem **Rechtspopulismus** verschrieben haben und die offene Gesellschaft auf dem Altar ihrer Abschottungstheorien zerstören möchten, muss mit starken Argumenten Einhalt geboten werden.

Wir müssen handeln, nicht nur wegen dem unabdingbaren Respekts vor der Genfer Flüchtlingskonvention, deren Geist sich die EU verpflichtet hat, auch wegen dem Überleben von Schengen, einem einzigartigem EU-Besitzstand, dem größten Erfolg für die Befürworter Europas neben dem Euro.

Ich kann nur hoffen, dass es in naher Zukunft genug politische Köpfe gibt, aber auch Journalisten, Menschenrechtler, NGO's, Kirchenvertreter, Gewerkschaftler, engagierte Bürger, die einsehen, dass Leute vom Schlag eines Orban, Salvini, Le Pen, AfD, Lega, Schwedendemokraten und anderer, nicht das Sagen haben dürfen. Dass jene die sich in Europa dem Geist der 30iger Jahre verschreiben; jene die uns sogenannte „einfache“ Lösungen vorgaukeln wo langfristiges und überlegtes Handeln erforderlich ist, nicht wieder federführend bekommen dürfen.

Unsere Kinder und Enkelkinder brauchen eine EU die auf den Werten der Menschlichkeit, der Offenheit, des Respektes, kurzum auf der europäischen Demokratiekultur begründet ist.

Das Gegenteil wäre eine nicht wieder gut zu machende politische Sünde.

Meine Damen und Herren,

Zurück zu der Frage, wo die Reise hingehen soll.

Die Gefahr eines Bruchs innerhalb der Eurozone ist mittlerweile gesunken, trotzdem müssen wir weiterhin wachsam bleiben. Weitere Anstrengungen mit Blick auf eine Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion müssen also wieder auf die Tagesordnung.

Die deutsch-französische Meseberg-Erklärung vom 19. Juni 2018 war diesbezüglich ein wichtiger Schritt nach vorn. In einem gemeinsamen Fahrplan für das Euro-Währungsgebiet haben Deutschland und Frankreich Schritte zur Vertiefung der Währungsunion vorgestellt. Ob EWF, Eurozonenbudget oder Bankenunion – wir müssen rasch handeln, damit wir für nächste Krisen gewappnet sind.

Ein starkes deutsch-französisches Tandem ist nach wie vor eine Grundvoraussetzung für wirkliche Fortschritte in Punkto Währungsunion. Die Erwartungen an die Bundesrepublik Deutschland sind besonders groß. In vielen Teilen Europas erwartet man sich von Deutschland - nicht ganz ohne Ungeduld - ein stärkeres Bekenntnis zu einer Vertiefung der Währungsunion – im Sinne einer zeitnahen Umsetzung der Meseberg-Erklärung und darüber hinaus. So bedeutend eine inhaltliche Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich ist, so entscheidend ist es aber dennoch, dass sämtliche EU-Mitgliedstaaten gestalterisch mitmachen und auch bereit sind, einen Beitrag zu leisten.

Die EU sollte unverzüglich die notwendigen Schritte unternehmen um den Euroraum dauerhaft widerstandsfähiger zu machen. Wir sollten das Dach reparieren solange die

Sonne noch scheint. Darüber hinaus, sollten wir im Rahmen der angestrebten Reformen auch, unbedingt auch die soziale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion stärken. Die Zukunft der Währungsunion sollte meines Erachtens zu den zentralen Themen gehören, über deren Umsetzung im Rahmen des Gipfels in Sibiu am 9. Mai 2019 Bilanz gezogen wird. Dies wäre ein positiver Impuls vor den Europaparlamentswahlen.

Meine Damen und Herren,

Es ist in gewissem Sinne eine Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet das Mitgliedsland welches die EU immer in erster Linie als Wirtschaftsprojekt gesehen hat, **das Vereinigte Königreich, sich entschieden hat diese zu verlassen.**

Die Entscheidung des Vereinigten Königreichs ist schon ein verrücktes Unterfangen. Wir verlieren einen wichtigen Partner. Und die Briten werden in der Welt schwächer, da isolierter, sein. Imperien waren im 19. Jahrhundert möglich und strahlten Stärke aus. Sie sind es allerdings nicht mehr in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts.

Die britische Entscheidung hat uns alle in den letzten Jahren viel Energie gekostet und wird auch wirtschaftliche Kosten verursachen. Nach mehr als anderthalbjähriger Verhandlung liegt ein Austrittsabkommen vor, in dem beide Parteien mehr oder weniger bedeutende Konzessionen machen mussten. Die EU ist ganz klar bis an die Grenze des Vertretbaren gegangen um einen geordneten Austritt des Vereinigten Königreichs ermöglichen zu können. Sowohl die EU, als auch die britische Regierung sind sich einig, dass das nun vorliegende Abkommen das Bestmögliche ist.

Nach der bitteren Niederlage im britischen Parlament am Dienstagabend, bleibt es jedoch schwer absehbar wie die Lage sich im Vereinigten Königreich entwickeln wird. Das britische Parlament ist sich in zwei Punkten einig: erstens daß es das Austrittsabkommen in dieser Form nicht will, und zweitens daß es auch ein „No Deal“ Szenario vermeiden möchte.

Die Frage die im Referendum vom 23. Juni 2016 gestellt wurde war schwarz-weißer Natur: Remain or leave?

Nun, die Antwort auf diese Frage ist mit schwarz oder weiß nicht zu finden, auch nicht nach einer 17-monatigen Suche. Brexit ist Brexit, ja, aber wie?

Das britische Volk wartet nun auf einen gangbaren Weg, so auch die EU.

Vielleicht wissen wir am Montag mehr wenn die britische Premierministerin May ihre Position im Unterhaus vortragen wird.

Wir sollten der Realität ins Auge blicken: das Risiko eines ungeordneten Austritts ist mit dieser Abstimmung gestiegen, und obwohl wir dies noch unter allen Umständen vermeiden wollen, müssen wir uns nichtsdestotrotz die Vorbereitungen weiter vorantreiben. Diese Aufgabe nehmen die Mitgliedstaaten zusammen mit der Europäischen Kommission sehr ernst und die nötigen Vorbereitungen wurden intensiviert. Ich denke hier vor allem an Flug-, Schiffs- und Eisenbahnverkehr, aber auch zum Beispiel die Versorgung mit Medikamenten und vieles mehr.

So sehr wir den Brexit auch bedauern, so hat er vielen Europaskeptikern doch, so glaube ich, vor Augen geführt, was man an der EU hat, beziehungsweise was einem ohne die EU fehlen würde.

Meine Damen und Herren,

So wichtig die internen Herausforderungen auch sind denen sich die EU stellen muss, so sollten wir auch die **Rolle der EU in der Welt** nicht vergessen. Die Zusammenarbeit innerhalb der EU hilft uns dabei, uns in der globalisierten Welt zu behaupten. Mit gebündelter Souveränität und einer starken Wirtschaft können wir einfach mehr bewegen!



Auch hier lohnt ein Blick auf die Zahlen: Während im Jahr 1900, die europäische Bevölkerung noch ein Viertel der Gesamtbevölkerung ausmachte, waren es im Jahr 2017 nur noch 6,8 Prozent. In der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts stellen die Europäer nur noch gut 5 Prozent der Weltbevölkerung dar. Ich denke jedem muss klar sein was diese unumkehrbare demographische Entwicklung bedeutet: damit die EU ein relevanter und souveräner Akteur auf der Weltbühne bleiben kann müssen wir uns gemeinsam - und zwar mit einer gemeinsamen Stimme - den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellen! Zusammenhalt ist demnach nicht nur eine politische und wirtschaftliche, sondern auch eine demographische Notwendigkeit!

Die EU ist der größte Handelspartner und der wichtigste ausländische Investor für nahezu jedes Land der Erde. Gemeinsam investieren wir mehr in die Entwicklungszusammenarbeit als der Rest der Welt zusammengenommen. Die Europäische Union kann zurecht stolz auf ihre „Soft Power“ sein.

In vielen Regionen der Welt gilt die EU als Vorbild der regionalen Zusammenarbeit und der Völkerverständigung. Auch darauf können wir stolz sein.

Es wird von uns erwartet, dass wir eine Rolle spielen.

Nein, wir können uns nicht auf uns zurückziehen und anderen das Terrain überlassen. Dies wäre in der Tat grob fahrlässig!

Am Ende ist die Frage immer dieselbe: wollen wir in der EU weiterhin die Standards setzen für Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Umweltschutz, Verbraucherschutz, Produktsicherheit usw. oder wollen wir das andere dies für uns tun? Es gibt da draußen mehr Interesse als einem lieb sein kann diese Rolle von der EU zu übernehmen! Und die agieren nicht unbedingt im Einklang mit unseren Werten: in vielen Gegenden der Welt gilt ganz einfach noch – oder sollte ich sagen wieder - das Recht des Stärkeren.

Dass Handelskriege zu Krieg führen können, ist keine leere Behauptung: Unsere eigene Vergangenheit, die des europäischen Kontinents, hat uns gezeigt welche Konsequenzen der Wettlauf um Rohstoffe und die gewaltsame Eröffnung von Märkten haben können.

Das Welthandelssystem, das wir nach dem zweiten Weltkrieg zuerst mit dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen und dann mit der WTO, der Welthandelsorganisation, aufgebaut haben, sollte Teil einer weltumfassenden Antwort sein, um die Beziehungen zwischen Ländern auf Basis des Dialogs und der Zusammenarbeit zu gestalten. So sollte der freie Zugang zu Märkten, basierend auf der gemeinsamen Erschaffung von Verhaltensregeln, den Welthandel friedfertig gestalten.

Diese Bemühungen wurden mit Erfolg gekrönt.

Allerdings brachte das System auch seine Schattenseiten mit sich. So war der Welthandel zu lange den reichen Ländern vorbehalten. Bis heute hat er den ärmsten Ländern nur bedingt geholfen. Wiederum andere Länder, zum Beispiel China, konnten sich dem Welthandel zwar öffnen, aber der politische Wandel und der vollständige Übergang von Plan- zu Marktwirtschaft blieben aus.

Die 164 Mitglieder der Welthandelsorganisation tun sich heute schwer neue Regeln auszuarbeiten und den Anforderungen des Digitalzeitalters gerecht zu werden. Hinzu kommt, dass die geltenden Verpflichtungen zu oft missachtet werden.

Es hilft nicht unbedingt wenn die Wirtschaftsmacht Amerika den Eindruck gibt ohne Rücksicht auf ihre Partner oder auf den Fortbestand der multilateralen Strukturen zu agieren, und die Spielregeln maßgeblich alleine bestimmen zu wollen.

Was kann Europa tun? Am wichtigsten ist, dass die EU in ihrer Antwort vereint bleibt, sich nicht selbst das Bein stellt. Europa muss sich zur Wehr setzen und notfalls mit

Gegenmaßnahmen reagieren, wenn europäische Wirtschaftszweige regelwidrig und unberechtigt unter Beschuss geraten. Wir müssen aber auch den Dialog suchen und uns bemühen zwischen jenen zu vermitteln die die Probleme verursachen und jenen dessen Antwort nicht im Einklang mit internationalem Recht ist. Das ist selbstverständlich einfacher gesagt als getan. Die EU hat Vorschläge gemacht, um die Blockadehaltungen in der WTO zu überwinden, vor allem um den unabhängigen Streitbeilegungsgremium – das Kronjuwel der Welthandelsorganisation – zu retten. Die nächsten Monate werden uns zeigen ob wir es fertig bringen die WTO wieder auf das richtige Gleis zu bringen.

Wir dürfen aber auch nicht naiv sein und können nicht ausschließen, dass sich Konfliktparteien sowohl auf Kosten des multilateralen Systems sowie auf Kosten der EU einigen könnten. Das müssen wir verhindern. In diesem Kontext gebe ich zu bedenken, dass die EU in einer besseren Ausgangsposition gewesen wäre, wenn wir es in der Vergangenheit fertig gebracht hätten aus der Wirtschaftsmacht Europa eine vereinte politische Macht zu bilden!

Meine Damen und Herren,

Kommissionspräsident Juncker hat im September letzten Jahres in seiner Rede zur Lage der Union vor dem Europäischen Parlament betont, dass Europa eine Führungsrolle auf der weltpolitischen Bühne einnehmen muss. Europa soll eine "Weltpolitikfähigkeit" entwickeln, um die Geschehnisse der Welt als Union mitzugestalten. In ihrer Globalen Strategie für die europäische Außen- und Sicherheitspolitik beansprucht die EU bereits eine strategische Autonomie, um die gemeinsamen Interessen unserer Bürger sowie unsere Grundsätze und Werte zu fördern. Es gilt hier das auf Regeln und Multilateralismus beruhende internationale System zu bewahren und auszubauen.

Angesichts der zunehmenden Turbulenzen in der internationalen Politik halte ich es für notwendig, in außenpolitischen Fragen den Zwang zur Einstimmigkeit aufzuheben. Mit

anderen Worten: wir müssen die Abhängigkeiten der Europäischen Union verringern und endlich den Weg in Richtung Mehrheitsentscheidungen wagen, ansonsten riskiert die Union zu einem außenpolitischen Zwerg zu werden! Wir haben in den letzten Monaten mit ansehen müssen, wie die EU durch die Starrsinnigkeit eines einzigen oder einiger wenigen ihrer Mitgliedstaaten auf der internationalen Bühne stumm sein musste. Dies ist der EU absolut unwürdig und eine solche Verweigerungshaltung sollte einen Preis haben für die betroffenen Mitgliedstaaten. Als Paradebeispiel für diese Problematik könnte man hier die Verabschiedung des UNO-Migrationspaktes in Marrakesch im Dezember letzten Jahres anführen. Europa sprach mit drei Stimmen, ein Desaster. Einige Tage später in New York, stimmte Europa wieder nicht einheitlich für eine sichere, geordnete und reguläre Migration. Dasselbe gilt für den Flüchtlingspakt, obwohl dieses Papier von der UNO-Flüchtlingshilfe, der UNHCR ausgearbeitet wurde. So verkommt die EU auf außenpolitischem Parkett zu einer Randnotiz.

Ich war immer überzeugt, dass wir uns in der EU nach dem schweren Zerwürfnis beim Irak-Krieg, und aufbauend auf dem Geist des Lissabonner Vertrags einig wären, dass es eine eigenständige souveräne EU-Außenpolitik geben müsste.

Zehn Jahre nach dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrags sehe ich gute Anzeichen, wie die geeinte Position in Sachen iranischer Nuklearpolitik, aber leider auch negative Anzeichen, wie unser Verhalten im Friedensprozess zwischen Israel und Palästina zeigt. Der Europäische Rat hat einstimmig, in gewohntem Pomp, beschlossen, zur Zwei-Staaten-Lösung zu stehen, d.h. unter anderem Jerusalem als Hauptstadt Israels und Palästinas anzusehen. Kurz danach zeigt der Kompass, unter Druck der amerikanischen Administration, in die entgegengesetzte Richtung: ein halbes Dutzend EU-Mitgliedstaaten enthalten sich bei der Abstimmung in der UN Generalversammlung über die Verlegung der US Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen. Dies tut in der Sache nicht nur politisch weh, denn mittel- und langfristig wird die Sicherheit Israels nur garantiert sein, wenn auch die Palästinenser ihren Staat mit ihrer historischen Hauptstadt haben, dies zusammen mit Israel.

Meine Damen und Herren,

Wir haben in den vergangenen Jahren lernen müssen, dass die Schwächen unserer Nachbarn unsere eigenen Schwächen sind und dass Ereignisse in unserer unmittelbaren Nachbarschaft signifikante Konsequenzen auf uns haben können.

Die Balkanstaaten sind, in gewissem Sinne, der Vorgarten der Europäischen Union. Diesen Garten gilt es zu pflegen, auch um zu vermeiden, dass andere Akteure ihren Einfluss dort ausweiten.

Aus diesem Grund sind die Stabilisierungs- und Assoziierungspolitik der EU und die europäische Integration der Balkanstaaten in meinen Augen so wichtig. Sie tragen entscheidend dazu bei, die Region positiv zu beeinflussen und Reformen voranzutreiben. Die Umsetzung von Reformen ist eine fundamentale Bedingung für die Entwicklung des europäischen Integrationsprozesses der Balkanländer. Der Rhythmus der EU-Integration hängt von den Reformfortschritten des jeweiligen Beitrittskandidaten ab.

Es ist unbestreitbar, dass sich die europäische Perspektive für die Balkanstaaten positiv auf deren Entwicklung auswirkt. Die EU muss alles dransetzen, dass die sechs Balkanstaaten auch selbst zu sich finden, wirtschaftlich, kulturell und sozial, damit die Vorurteile abgelegt werden können.

Ein Lichtblick in Bezug auf gutnachbarliche Beziehungen im Balkan sind die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Griechenland. Das Abkommen bezüglich der Namensfrage ist ein wichtiges Zeichen dafür, dass Probleme auch auf dem Verhandlungsweg gelöst werden können.

Die Entwicklungen in der Türkei der vergangenen zwei, drei Jahre kann man zweifellos als turbulent bezeichnen: gescheiterter Putschversuch im Juli 2016 und darauffolgende massenhafte Verhaftungen, Entlassungen und zerschlagene Existenzen; das Ausrufen des Ausnahmezustandes; ein Verfassungsreferendum ein Jahr später, vorgezogene Präsidentschaftswahlen am 24. Juni 2018, die es Präsident Erdogan erlaubt haben seine Macht zu zementieren, und zahlreiche Zerwürfnisse der Türkei mit europäischen Partnern.

Bei der Gründung des Europarates, der Organisation, die sich für den Schutz der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in Europa einsetzt, war die Türkei ein verlässlicher Partner. Genau dieser Schutz lässt in der Türkei heute jedoch definitiv zu wünschen übrig, eine Entwicklung, die äußerst bedauerlich und besorgniserregend ist. Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte sind nicht verhandelbar, auch nicht mit einem wichtigen Partner. Es ist daher völlig konsequent, dass die Beitrittsverhandlungen mit Ankara derzeit auf Eis liegen.

Einen Hoffnungsschimmer konnte ich bei meinem offiziellen Besuch Anfang dieser Woche Ankara erkennen. Im Gespräch mit dem türkischen Außenminister deutete sich der politische Wille an in der Frage der Rechtsstaatlichkeit, insbesondere der Unabhängigkeit der Justiz mit dem Europarat und der Venedig-Kommission erneut zusammen zu arbeiten. Konkrete Resultate in Sachen Unschuldsvermutung von tausenden Menschen in Untersuchungshaft sind jetzt gefordert.

Die Türkei ist strategisch extrem wichtig im hochkomplexen geopolitischen Kontext. Dass sie dies im positiven Sinne sein kann, beweist die Türkei mit der Aufnahme von Kriegsflüchtlingen. Wir sollten nicht vergessen, dass die Türkei mehr als 4 Millionen Flüchtlinge, davon 3,5 Millionen aus Syrien, bei sich aufgenommen hat. Dafür gebührt ihr unser Respekt und unsere Unterstützung.

Dass jedes Jahr 60.000 syrische Kinder in der Türkei auf die Welt kommen verdeutlicht das Ausmaß dieser Herausforderung.

Wie sich ihr Einfluss in Syrien und in der Region nach dem angekündigten Abzug der US-Truppen aus Syrien entwickelt, wird sich zeigen.

Das syrische Volk hat im Grunde genommen schon viel zu viele Militäroperationen ertragen müssen mit mehr als 400.000 Todesopfern. Mit Ausnahme des Kampfes gegen Daesh ist jede weitere Kriegshandlung eindeutig zu viel.

Meine Damen und Herren,

Ich habe die unmittelbare Nachbarschaft der EU angesprochen. Erlauben Sie mir, zum Abschluss noch die Beziehungen der EU zu Russland sowie zu den Vereinigten Staaten kurz zu beleuchten.

Russland ist ein wichtiges europäisches Land, Mitglied des Europarates und der OSZE. Aber Russland muss die Regeln und das Völkerrecht respektieren. Die gezielten Sanktionen, die die EU als Reaktion auf die illegale Annexion der Krim durch Russland erlassen hat, bleiben bestehen. Dasselbe gilt für die Sanktionen, die ganze Wirtschaftszweige betreffen, solange Russland die Ostukraine destabilisiert. Es muss mehr getan werden, sowohl von russischer Seite als auch von ukrainischer Seite, um die Minsker Abkommen in der Tat auch umzusetzen. Wir sind dankbar für die Anstrengungen, die Deutschland zusammen mit Frankreich, diesbezüglich im „Normandie“-Format unternimmt.

Es ist offensichtlich: Russland verteidigt seine Interessen zunehmend aggressiv, nicht nur in der Ukraine, sondern auch im Nahen Osten, zum Beispiel in Syrien.

Russland ist eindeutig ein schwieriger Partner. Dennoch sollten wir uns bemühen den Dialog mit Moskau aufrechtzuerhalten, sowohl bilateral als auch vonseiten der EU und der NATO. Dialog und Diplomatie sind gefragt. Nur auf Sanktionen zu setzen, wäre falsch. Die Sanktionen sind kein Selbstzweck. Sie zielen darauf ab, Russland zu einer anderen Herangehensweise zu führen und so die Bedingungen zu schaffen, um im gegenseitigen, auch wirtschaftlichen Interesse, zusammenzuarbeiten. Ich hoffe sehr, dass der Tag kommen wird, an dem diese Bedingungen erfüllt sind.

Für uns ist die transatlantische Partnerschaft eine der Grundfesten der Weltordnung, der Eckpfeiler unserer kollektiven Sicherheit. Nicht nur die vor 70 Jahren gegründete NATO bindet uns zusammen. Historisch gesehen stehen Europäer und Amerikaner für dieselben Werte ein. Und doch gibt es heuer Herausforderungen. Der jetzige Inhaber des Weißen Hauses hat die Karten neu gemischt und mit seiner Politik des „America First“ und der Infragestellung der auf multilateralen Lösungen basierenden Weltordnung, den Druck auf die EU, und die internationale Staatengemeinschaft schlechthin, enorm erhöht. Die Abkehr der jetzigen US-Administration vom Pariser Übereinkommen, vom UNO-Menschenrechtsrat, von der UNESCO, vom Nuklearabkommen mit dem Iran, um nur diese Beispiele zu nennen, ist äußerst besorgniserregend. Diese Regierung zeigt wenig Interesse daran, die multilateralen Regeln, die wir gemeinsam, in unser aller Interesse, seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs aufgebaut haben, zu verteidigen. Dazu kommt die Unberechenbarkeit der aktuellen US-Politik. Darunter riskiert das Vertrauen auf Dauer zu leiden.

Trotz dieser schwierigen Konjunktur müssen wir mehr denn je proaktiv den Dialog mit Amerika im Sinne der transatlantischen Partnerschaft. Es gibt noch viele besonnene Köpfe in Amerika die uns ermutigen den transatlantischen Bruch nicht hin zu nehmen.



Meine Damen und Herren,

Ich will hier nicht den Teufel an die Wand malen. Aber ich mache mir durchaus Sorgen, wenn Großmächte wie die Vereinigten Staaten dem Multilateralismus zusehends den Rücken kehren oder, wie im Falle Russlands, die Regeln des internationalen Rechts verletzen, ohne Rücksicht auf Verluste.

Dass darüber hinaus Washington und Moskau immer mehr auseinanderdriften, kann nicht gut sein, weder für die Weltsicherheit, noch für die Sicherheit Europas. Deshalb ermutigen wir Europäer zum Beispiel alle Anstrengungen, um das INF-Abkommen, die Vereinbarung von 1987 über die Abschaffung aller nuklear bestückbaren Mittelstreckenraketen, am Leben zu halten. Wir brauchen kein neues Wettrüsten auf unserem Kontinent!

Meine Damen und Herren,

Um in der angespannten Lage, die das Weltgeschehen heute prägt, als Faktor des Friedens und der Stabilität zu bestehen, muss die Europäische Union mehr denn je zusammenhalten. Da bin ich mit meinem deutschen Kollegen Heiko Maas ganz auf einer Wellenlänge. Wenn wir gespalten sind, so wie die EU das leider bei der Verabschiedung des UNO-Migrationspaktes war, können, und werden, wir nicht ernst genommen werden. Zeigen wir Einheit und Entschlossenheit, so wie wir das zum Beispiel bei der Verhandlung des Pariser Übereinkommens getan haben und jetzt bei der Umsetzung, um dem Klimawandel energisch entgegenzuwirken, kann die EU etwas bewegen in der Welt.

In unserer zunehmend fragilen Welt müssen wir zusammenstehen. Wir brauchen eine selbstbewusstere und verantwortungsvollere Europäische Union, die den Erwartungen ihrer Bürger wirklich gerecht wird.

Trotz dem schattierten Bild, welches ich versucht habe aufzuzeichnen, will ich doch optimistisch bleiben, dass sich die Notwendigkeit einer immer engeren Zusammenarbeit innerhalb der EU durchsetzt.

Die EU ist eine Erfolgsgeschichte, für die wir auch heute noch auf der ganzen Welt beneidet werden. Auf diesem Erfolg müssen wir aufbauen, um weiterhin zu Frieden und Demokratie in Europa und in der Welt beizutragen.

Vielen Dank.